

Australien: Christliche Schule verlangt homophobes Bekenntnis

Eine christliche Privatschule verlangt von Lehrpersonal, ein homophobes Dokument zu unterzeichnen. Ansonsten droht die Kündigung.

Die evangelikale Schule Citipointe Christian College im australischen Brisbane sorgt erneut mit einer homophoben Regelung für Schlagzeilen: Laut dem britischen "Guardian" müssen Lehrer*innen in einem neu formulierten Arbeitsvertrag praktisch versichern, dass sie eine mögliche eigene Homosexualität innerhalb und ausserhalb der Schule verstecken würden. Ansonsten drohe ihnen die Kündigung. Ein Lehrer, der das Dokument vergangenen Monat nicht unterzeichnen wollte, habe bereits seinen Job verloren.



Die Schule mit Unter-, Mittel- und Oberstufe, auf der 1'700 Kinder und Jugendliche unterrichtet werden, war bereits Anfang des Jahres in die Schlagzeilen geraten, weil sie von Eltern verlangt hatte, ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie ihre Abneigung gegenüber Homosexualität und transgeschlechtlichen Menschen versicherten. Nach einem öffentlichen Aufschrei und Ermittlungen der Menschenrechtskommission des Bundesstaates Queensland zog die Schule schliesslich das Dokument zurück. Ausserdem legte der Rektor sein Amt nieder.

Wörtlich heisst es in dem neuen Dokument: "Nichts in seinem/ihrem bewussten Verhalten darf unvereinbar mit dem wesentlichen Charakter des Arbeitsplatzes sein, speziell, aber nicht ausschliesslich in Verbindung mit dem Ausdruck menschlicher Sexualität durch heterosexuelle monogame Beziehungen, die auf intime Art durch die Ehe ausgedrückt werden." Ferner werden Lehrer*innen direkt in dem Papier angesprochen: "Wenn Sie diese Voraussetzungen nicht erfüllen, könnte das als Vertragsbruch gewertet werden und zur Entlassung führen."

Verstoss gegen Antidiskriminierungsgesetz?

Fraglich ist, ob diese Regelung gegen das Antidiskriminierungsgesetz des Bundesstaates Queensland verstösst. Zwar gibt es in dem Gesetz einige Ausnahmeregelungen für weltanschauliche Betriebe. Allerdings beziehen sich diese nur auf das direkte Verhalten am Arbeitsplatz.

Landesjustizministerin Shannon Fentiman, eine Politikerin der sozialdemokratischen Labor Party, hält die Forderung der Schule an ihre Lehrer*innen für gesetzeswidrig. "Es ist wirklich entsetzlich, diese schrecklichen und schädlichen Paragrafen in einen Arbeitsvertrag für Citipointe-College-Lehrer zu schreiben – speziell nach der Empörung und den Kontroversen um den Vertrag für Eltern", so Fentiman.

Die Schule teilte unterdessen mit, dass die Wortwahl im Arbeitsvertrag derzeit überprüft werde.